

## Unterrichtung

durch die Bundesregierung

### Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2010

#### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Überblick über politische Fragen und Entwicklungen</b> .....	2
<b>II. Generalsekretär</b> .....	2
<b>III. Ministerkomitee</b> .....	3
1. Vorsitze und Themen .....	3
2. Haushalt .....	3
<b>IV. Parlamentarische Versammlung</b> .....	4
<b>V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)</b> .....	4
1. Reformprozess von Interlaken, Umsetzung des Aktionsplans .....	4
2. Überprüfung der Umsetzung von Urteilen des EGMR .....	4
3. Verfahren gegen Deutschland .....	4
4. Ausgewählte Verfahren gegen Drittstaaten .....	6
<b>VI. Kongress der Gemeinden und Regionen</b> .....	7
<b>VII. Aus den einzelnen Aufgabengebieten des Europarats</b> .....	7
1. Menschenrechtsfragen .....	7
2. Korruptionsbekämpfung .....	9
3. Rechtliche Zusammenarbeit .....	9
4. Sozial- und Gesundheitspolitik .....	10
5. Kommunal- und Regionalpolitik .....	11
6. Sport (Anti-Doping sowie Sport und Gewalt) .....	11
7. Jugend (CDEJ und CMJ) .....	11
8. Bildung und Kultur .....	11
<b>Anlagen</b> .....	13

## I. Überblick über politische Fragen und Entwicklungen

Der Vorsitz im Ministerkomitee wurde im Berichtszeitraum von der Ehemaligen jugoslawischen Republik (EJR) Mazedonien (bis 18. November 2010) und der Republik Türkei (ab 18. November 2010) wahrgenommen.

Der Besuch von Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle beim Europarat am 4. Oktober 2010 aus Anlass des 60. Jahrestages des Beitritts Deutschlands war ein Höhepunkt der diesjährigen Europaratsagenda. In einer programmatischen Rede vor der Parlamentarischen Versammlung (PV) sprach sich Westerwelle für eine weltweite Stärkung der Menschenrechte aus und sicherte Deutschlands Unterstützung für die laufende Reform des Europarats zu.

Ebenfalls große Beachtung fand die Präsentation der Europarats-Ausstellung zum 60. Jahrestag der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) am 27. Oktober 2010 im Auswärtigen Amt in Berlin, die Bundesaußenminister Westerwelle gemeinsam mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg gestaltete. Herr Hammarberg nutzte den Besuch zu politischen Gesprächen im Auswärtigen Amt, in den Bundesministerien der Justiz und des Innern, zu einem Informationsaustausch mit dem Vorsitzenden und Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie einem Treffen mit Vertretern des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Im Zentrum der Gespräche standen die Lage im Kaukasus und Balkan, die deutsche Gesetzgebung zu Nichtdiskriminierung und die Rückführungen von Roma nach Kosovo.

Weiteres herausragendes Ereignis im Berichtszeitraum war der offizielle Beginn der Verhandlungen zum Beitritt der Europäischen Union (EU) zur EMRK am 7. Juli 2010 in Straßburg in Anwesenheit von EU-Justizkommissarin Viviane Reding und Generalsekretär (GS) Thorbjørn Jagland.

Mitte Oktober berief GS Jagland auf Initiative des künftigen türkischen Ministerkomitee-Vorsitzes eine Gruppe eminenten Persönlichkeiten unter Leitung von Bundesminister a.D. Joseph („Joschka“) Fischer. Sie soll „Empfehlungen zum Zusammenleben im 21. Jahrhundert in Anbetracht neuer gesellschaftspolitischer Herausforderungen“ erarbeiten und im Mai 2011 beim Ministertreffen in Istanbul vorstellen.

Am 20. Oktober 2010 in Straßburg beschlossen hochrangige Vertreter aus allen Mitgliedstaaten unter Beteiligung der Europäischen Kommission, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Zivilgesellschaft eine gesamteuropäische Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma. Die „Straßburger Erklärung“ nebst Aktionsplan ruft dazu auf, die Rechte der Roma als Minderheit zu schützen und ihnen Unterstützung in Kernanliegen wie Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen anzubieten.

Unter türkischem Vorsitz fand die 30. Justizministerkonferenz des Europarats vom 24. bis 27. November 2010 in

Istanbul statt. Die Konferenz behandelte unter dem Titel „Die Justiz im dritten Millennium modernisieren“ folgende Einzelthemen: 1) Moderne, transparente und effiziente Justiz; 2) Gefängnispolitik im heutigen Europa; 3) Datenschutz und Privatsphäre im dritten Jahrtausend. Sie forderte zum verstärkten Einsatz elektronischer Hilfen in der Justiz und zur Aktualisierung von Empfehlungen des Europarats zu diesem Thema auf. Weiter sollen die Standards zu Problemen der Inhaftierung besser implementiert und der rechtliche Rahmen verbessert werden. Außerdem soll das Europarats-Übereinkommen von 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten an die fortschreitende technologische Entwicklung und die Verwendung der neuesten Technologien im Informationszeitalter angepasst werden.

Am 8. Dezember 2010 setzte das Komitee der Ministerbeauftragten (KMB) ein siebenköpfiges, beratendes Panel zur Wahl der nationalen Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein, womit es einen Auftrag der Interlaken-Konferenz erfüllte. Renate Jaeger, bis zum 31. Dezember 2010 deutsche Richterin am EGMR, ist darin vertreten.

Breites Medieninteresse und kontroverse politische Diskussionen löste am 21. Dezember 2010 die Veröffentlichung eines Berichts des PV-Berichterstatters Dick Marty (Schweiz) zu angeblichem Organ-, Menschen- und Drogenhandel in Kosovo aus. Unter Verweis auf Aufzeichnungen der früheren Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), Carla Del Ponte, erhebt Marty den Vorwurf, dass eine Gruppe um den derzeitigen kosovarischen Premierminister Thaci in der Endphase des Kosovo-Kriegs 1999 serbische und andere Zivilisten getötet bzw. schwer misshandelt habe. Der Bericht wurde der PV zur Behandlung in ihrer Wintersession Ende Januar 2011 vorgelegt.

## II. Generalsekretär

### Reform

GS Jagland verfolgte im Berichtszeitraum seine umfassende Reformagenda mit dem Ziel, die politische Relevanz und Sichtbarkeit des Europarats zu verbessern und sein eigenständiges Profil im Kontext der internationalen Akteure in Europa zu schärfen, mit folgenden Schritten weiter:

- Zusammenführung von Budget- und Programmplanung
- Flexibilisierung des Personaleinsatzes
- Reform der Außenvertretungen des Europarats
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EU, Vorbereitung des EU-Beitritts zur EMRK
- Reform des EGMR (Follow-up zur Konferenz in Interlaken)

Gemäß einem entsprechenden Grundsatzbeschluss vom 25. November 2010 soll ab 2012 ein Zweijahresprogramm und -haushalt eingeführt werden.

Im Dezember 2010 schlug GS Jagland weitere Reformmaßnahmen vor:

- Neufokussierung von Programm und Strukturen ab 2012/2013
- Überprüfung aller Europarats-Übereinkommen nach Relevanz, Aktualität, Mehrwert
- Koordinierung der verschiedenen Monitoringmechanismen
- Neuordnung der Fachministerkonferenzen
- Verstärkte Einwerbung von Zusatzmitteln
- Neues Konzept der Interaktion mit der Zivilgesellschaft (Reform INGO-Konferenz)
- Ausarbeitung einer neuen Kommunikationsstrategie.

### Georgien-Russland-Konflikt

Nachdem er Mitte des Jahres Georgien besucht hatte, stellte GS Jagland am 23. November 2010 im KMB seinen konsolidierten Bericht zum Konflikt vor, der sich auf die den Europarat betreffenden Aspekte konzentriert. Der Bericht bekennt sich ausdrücklich zur territorialen Integrität Georgiens. Er betont die entscheidende Bedeutung des freien Zugangs zu allen Landesteilen einschließlich Abchasien und Südossetien für die Lösung humanitärer Fragen und die Verbesserung der Menschenrechtsslage.

## III. Ministerkomitee

### 1. Vorsitze und Themen

a) Vom 11. Mai bis 18. November 2010 übernahm die EJR Mazedonien den Vorsitz im Ministerkomitee und bekleidete damit erstmals eine herausragende Funktion im internationalen Rahmen.

Prioritäten des Vorsitzes waren:

- Stärkung der Menschenrechte
- Verbesserung der Integration unter Respektierung der Vielfalt sowie
- Teilhabe der Jugend.

Aus Anlass des 60. Jahrestages der EMRK organisierte der Vorsitz am 1./2. Oktober 2010 eine Konferenz zum Thema „Stärkung der Subsidiarität: Einführung des Fallrechts des EGMR in die nationale Gesetzgebung und Rechtspraxis“ in Skopje und leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Interlaken-Aktionsplans. Ein „Südosteuropa-Jugendtreffen“ in Ohrid am 10./11. September 2010 zielte auf die kontinuierliche Einbeziehung der Jugend in Entscheidungsprozesse. Weitere Veranstaltungen des Vorsitzes waren dem interkulturellen und interreligiösen Dialog und der Förderung der gesellschaftlichen Toleranz gewidmet.

b) Die Türkei setzte für ihre Vorsitzperiode vom 18. November 2010 bis zum 11. Mai 2011 folgende Schwerpunkte:

- Unterstützung des Generalsekretärs bei der Reform des Europarats
- Reform des EGMR
- Stärkung der Europarats-Überprüfungsmechanismen
- zügiger Beitritt der EU zur EMRK
- Bewältigung der Herausforderungen multikultureller Gesellschaften in Europa

## 2. Haushalt

I. Das KMB verabschiedete am 23. November 2010 einstimmig den Haushalt für 2011. Der ordentliche Haushalt beläuft sich auf 217,02 Mio. Euro, basierend auf dem Grundsatz des realen Nullwachstums des Beitrags der 47 Mitgliedstaaten (Vorjahr 211,45 Mio. Euro). Die inflationsbedingte Steigerung gegenüber dem Vorjahreshaushalt beträgt 0,2 Prozent, wobei der Vergleichszeitraum für die Inflationsberechnung Februar 2009 bis Februar 2010 ist.

II. Der deutsche Anteil am ordentlichen Haushalt beträgt mit 24,65 Mio. Euro knapp 11,66 Prozent des Beitragsvolumens aller Mitgliedstaaten. Im Vorjahr hatte er rund 24,87 Mio. EUR und damit 11,8 Prozent betragen. Zusätzlich fallen ca. 9,8 Mio. Euro für Mitgliedsbeiträge bei acht Europarats-Teilabkommen (Pharmacopée/EDQM, Entwicklungsbank, Pompidou-Gruppe, Eurimages, Venedig-Kommission, Sprachenzentrum Graz, Antikorruption/GRECO und Nord-Süd Zentrum) sowie für Sonderfonds (Pensionsfonds, Baukosten, Jugendfonds) an.

Die von Deutschland im Jahr 2011 zu tragende Gesamtsumme beläuft sich somit brutto auf rund 34,46 Mio. Euro.

GS Jagland sieht im Haushalt ein wesentliches Instrument der von ihm Ende 2009 initiierten umfassenden Reform des Europarats. Vor diesem Hintergrund wurden folgende Neuerungen eingeführt:

1. Budget und Programmplanung wurden erstmals in einem einzigen Dokument zusammengefasst und in einer übersichtlichen Gesamtschau dargestellt.
2. Im neuen „Vier-Säulen-Ansatz“ wurden die Ausgaben für die Kernbereiche Menschenrechte (einschl. EGMR und Menschenrechtskommissar; 87,8 Mio. Euro), Rechtsstaat (einschl. Venedig-Kommission; 8,9 Mio. Euro), Demokratie (einschl. Parlamentarische Versammlung, Kongress, Zivilgesellschaft; 45,5 Mio. Euro) sowie für Verwaltungsstrukturen und allgemeine Dienste (74,7 Mio. Euro) klar strukturiert.
3. Zusätzliche Flexibilität ergab sich dadurch, dass die Besoldungsanpassung diesmal negativ ausfiel: die Ausgaben für Personal, die inzwischen knapp 70 Prozent des Gesamtbudgets betragen, wurden krisenbedingt um 0,2 Prozent gesenkt. Ein weiterer Spareffekt bei der Besoldung wird durch die Verdopplung der Dauer der Dienstaltersstufen bewirkt, die Mitte des

Jahres mit Wirkung ab 1. Januar 2011 beschlossen wurde.

4. Für den Zeitraum ab 2012/2013 fasste das KMB auf Empfehlung des GS einen Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Zweijahreshaushalts.

#### IV. Parlamentarische Versammlung

Im Berichtszeitraum trat die PV zur Herbstsitzung vom 4. bis 8. Oktober 2010 zusammen.

Höhepunkt der Sitzung war der erstmalige Besuch von Bundesaußenminister Westerwelle beim Europarat am 4. Oktober 2010. In einer programmatischen Rede vor der PV sprach sich der Minister für eine weltweite Stärkung der Menschenrechte aus und sicherte Deutschlands Unterstützung für die laufende Reform des Europarats zu. Gemeinsam mit dem Leiter der deutschen PV-Delegation, MdB Joachim Hörster, eröffnete der Minister zum Gedenken an den 20. Jahrestag des Mauerfalls die Bundestagsausstellung „Die Mauer ist weg – friedliche Revolution und Überwindung der Teilung“. Im Rahmen seines Besuchs traf Bundesaußenminister Westerwelle auch mit dem PV-Präsidenten Mevlüt Çavuşoğlu, GS Thorbjørn Jagland, EGMR-Präsident Jean-Paul Costa und dem amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees, Außenminister Antonio Milošoski (EJR Mazedonien), zusammen.

Zu den politischen Themen der PV-Sitzung zählte eine Dringlichkeitsdebatte zur Lage der Roma. Eine dabei verabschiedete Empfehlung warnt vor der Stigmatisierung von Roma und fordert nationale Behörden zur Unterlassung diskriminierender Erklärungen auf.

Auf Grundlage eines Berichts von MdB Marlene Rupprecht verabschiedete die PV eine Empfehlung zu „Kindesmisshandlung in Einrichtungen: Sicherstellung eines umfassenden Opferschutzes“. Darin fordert sie die Europarats-Mitgliedstaaten zu gesetzgeberischen, politischen und strukturellen Maßnahmen auf, um Kinder vor Missbrauch zu schützen. Mit einem Bericht zu „Menschenrechten und Wirtschaftsunternehmen“ führte MdB Holger Haibach ein für den Europarat neues Thema ein. Die PV nahm hierzu eine Empfehlung an. Sie fordert das Ministerkomitee auf, eine Studie zur unternehmerischen Verantwortung im Menschenrechtsbereich vorzulegen, die neben Richtlinien auch Aussagen zur Machbarkeit eines rechtlich verbindlichen Übereinkommens treffen soll.

Die PV rief das ukrainische Parlament dazu auf, auf Grundlage eines Urteils des ukrainischen Verfassungsgerichts einen umfassenden konstitutionellen Reformprozess einzuleiten, um die Verfassung in vollen Einklang mit europäischen Standards zu bringen.

Der PV-Berichterstatter für Kosovo, Björn von Sydow (Schweden), unterrichtete am Rande der PV-Sitzung dem Berichterstatterausschuss für Demokratie des Ministerkomitees (GR-DEM) über seine Bestrebungen, die Arbeitskontakte zu den Verantwortlichen im Kosovo auf allen Ebenen „statusneutral“ auszubauen und warb um paralleles Handeln des Ministerkomitees. Sein Plädoyer traf auf allgemeine Unterstützung, wobei Serbien und Russland

die Ausklammerung der Statusfrage und Albanien und die Türkei das Beitrittsrecht Kosovos zum Europarat betonten. Bundesaußenminister Westerwelle hatte in seiner Rede vor der PV versichert, ein eventueller Beitrittsantrag des Kosovo zum Europarat würde von Deutschland unterstützt werden.

Zum neuen PV-Generalsekretär wurde der bisherige PV-Generaldirektor Wojciech Sawicki (Polen) gewählt. Er folgt Mateo Sorinas (Spanien) nach.

#### V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

##### 1. Reformprozess von Interlaken, Umsetzung des Aktionsplans

Als erstes greifbares Ergebnis des auf der Konferenz in Interlaken im Februar 2010 angestoßenen Reformprozesses des Europäischen Menschenrechtssystems beschloss das Ministerkomitee den Einsatz eines beratenden Panels zur Wahl der nationalen Richter am EGMR. Ziel ist die Verbesserung der von den Mitgliedstaaten der PV zur Wahl vorgelegten Liste von Richter Kandidaten. Das Panel wird die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kandidaten auf deren Eignung hin überprüfen, bevor die Vorschläge an die PV weitergeleitet werden. Das KMB beschloss die Zusammensetzung des Richterpanels am 8. Dezember 2010 im Konsens. Renate Jäger, bis zum 31. Dezember 2010 deutsche Richterin am EGMR, ist im Panel vertreten.

##### 2. Überprüfung der Umsetzung von Urteilen des EGMR

In Folge der Reformbeschlüsse von Interlaken wurde eine Verfahrensreform der Überprüfung von EGMR-Urteilen vereinbart, die in Zukunft als zweigleisiges Verfahren zwischen Standardfällen und Fällen mit intensiviertem Überprüfungsbedarf unterscheidet, wobei die Einordnung jederzeit geändert werden kann. Ziel der Neustrukturierung ist, die stetig steigende Zahl der zu überprüfenden Fälle zeitnah zu bewältigen. Im Zentrum steht künftig eine stärkere Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten, deren Aktionspläne und Aktionsberichte die Grundlage bilden werden für eine differenziertere Behandlung der Urteilsursetzung.

##### 3. Verfahren gegen Deutschland

###### R. gegen Deutschland (Nr. 46344/06)

Das erste Piloturteil gegen Deutschland betraf die überlange Verfahrensdauer vor innerstaatlichen Gerichten. Der Gerichtshof erkannte auf eine Verletzung von Artikel 6 § 1 (Recht auf ein faires Verfahren) und Artikel 13 (Recht auf wirksame Beschwerde) EMRK und befand einstimmig, dass Deutschland unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft des nun vorliegenden Urteils, also spätestens bis zum 1. Dezember 2011 einen wirksamen Rechtsbehelf gegen überlange Gerichtsverfahren einführen muss.

Bereits 2006 hatte der Gerichtshof in seinem Urteil im Fall *Stürmeli* das Fehlen eines wirksamen Rechtsbehelfs gegen überlange Verfahrensdauer kritisiert und gegenüber der Bundesregierung auf Abhilfe gedrängt. Der Gerichtshof stellte fest, dass Deutschland trotz der umfangreichen und konstanten Rechtsprechung des Gerichtshofs (derzeit in mehr als 20 Fällen) bisher keinerlei Maßnahmen zur Schaffung eines Rechtsschutzes umgesetzt habe. Dennoch begrüßte er den kürzlich von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren.

#### **U. gegen Deutschland (Nr. 35623/05)**

Keinen Verstoß gegen die Menschenrechte konnte der EGMR durch die Verwendung von Daten aus einem Global Positioning System (GPS) in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren feststellen. Gegen den Beschwerdeführer wurde wegen des Verdachts auf Beteiligung an mehreren Sprengstoffanschlägen ermittelt. Er beklagte, dass seine Observation mittels GPS und die Verwertung der dadurch gewonnenen Erkenntnisse im anschließenden Strafverfahren, in dem er u. a. wegen gemeinschaftlichen Mordversuchs verurteilt wurde, mit Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privatlebens) und Artikel 6 § 1 (Recht auf ein faires Verfahren) EMRK unvereinbar seien. Der Gerichtshof erkannte in der GPS-Überwachung einen Unterschied zu sonstigen Maßnahmen akustischer und visueller Überwachung, da sie weniger stark in das Privatleben der überwachten Person eingreife. Deshalb erachtete er es nicht für notwendig, genauso strenge Schutzmaßnahmen aufzustellen, wie z. B. in seiner Rechtsprechung zur Telefonüberwachung. Zudem sei die deutsche Regelung auch verhältnismäßig, da GPS-Überwachung nur unter strengen Voraussetzungen möglich sei, nämlich gegen Personen, die erheblicher Straftaten verdächtig seien.

#### **O. gegen Deutschland (Nr. 425/03), S. gegen Deutschland (Nr. 1620/03)**

In zwei gleichzeitig entschiedenen Verfahren, in denen es jeweils um die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses durch einen kirchlichen Arbeitgeber wegen einer außerehelichen Beziehung des Arbeitnehmers ging, hatte der Gerichtshof darüber zu entscheiden, ob die deutschen Arbeitsgerichte in Übereinstimmung mit der Konvention einen gerechten Ausgleich zwischen den Rechten der betroffenen Kirchen, die sich auf die Religionsfreiheit (Artikel 9 EMRK) und die Vereinigungsfreiheit (Artikel 11 EMRK) berufen können und den Rechten der Beschäftigten auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens nach Artikel 8 EMRK geschaffen haben.

Der Beschwerdeführer O. war „Gebietsdirektor Öffentlichkeitsarbeit für Europa“ der Mormonenkirche. Der Beschwerdeführer S. war bei einer katholischen Pfarngemeinde als Organist und Chorleiter angestellt.

Im Fall S. befand der Gerichtshof, dass die Abwägung zwischen den Rechten des Beschwerdeführers und denen des kirchlichen Arbeitgebers durch die deutschen Ar-

beitsgerichte nicht in Übereinstimmung mit der Konvention vorgenommen worden war. Nach Ansicht des Gerichtshofs wäre eine gründlichere Prüfung bei der Abwägung der konkurrierenden Rechte und Interessen angemessen gewesen. Zum Beispiel hätten die Gerichte das „de-facto-Familienleben“ und seinen Schutz gar nicht erwähnt, sondern nur das Interesse, seinen Arbeitsplatz zu erhalten, in die Abwägung eingestellt. Von Bedeutung war für den Gerichtshof auch, dass es für kirchliche Mitarbeiter mit einer speziellen Qualifikation (hier: Kirchenmusiker) schwierig sei, eine adäquate Beschäftigung zu finden.

Im Fall O. hielt der Gerichtshof die vorgenommene Abwägung dagegen für überzeugend. Die deutschen Arbeitsgerichte hätten alle wesentlichen Gesichtspunkte des Falls berücksichtigt und eine sorgfältige Abwägung der Interessen vorgenommen. Der Gerichtshof fand die Schlussfolgerung der deutschen Gerichte nachvollziehbar, dass die Mormonenkirche Herrn O. keine unannehmbaren Verpflichtungen auferlegt hatte. Da er als Mormone aufgewachsen war, war er sich darüber im Klaren gewesen, oder hätte es sein sollen, welche Bedeutung die eheliche Treue für seinen Arbeitgeber hatte und dass sein außereheliches Verhältnis mit den erhöhten Loyalitätspflichten als Direktor Öffentlichkeitsarbeit für Europa unvereinbar war.

#### **G. gegen Deutschland (Nr. 24478/03)**

Anders als im Fall M. sah der EGMR in diesem Fall der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung keine Verletzung von Artikel 5 § 1 EMRK (Recht auf Freiheit). Wie im Fall M. gegen Deutschland ordnete der EGMR auch hier die Sicherungsverwahrung als Freiheitsentzug „nach Verurteilung“ ein. Jedoch sah er im vorliegenden Fall G. in der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung keinen Verstoß gegen die EMRK, da – im Gegensatz zum Fall M. – die Dauer der Sicherungsverwahrung nicht die zum Zeitpunkt der Tat und Verurteilung zulässige Höchstdauer von 10 Jahren überschritten hat. Zwischen der Verurteilung und dem fortdauernden Freiheitsentzug bestand ein ausreichender Kausalzusammenhang.

#### **A. gegen Deutschland (Nr. 20578/07)**

Der EGMR hat mit Urteil vom 21. Dezember 2010 (endgültig seit 20. März 2011) die Rechte leiblicher Väter gestärkt.

Der Beschwerdeführer hatte etwa zwei Jahre lang eine Beziehung mit einer Frau, die mit ihrem Ehemann drei Kinder hat. Vier Monate nach dem Ende dieser Beziehung brachte die Frau Zwillinge zur Welt, deren biologischer Vater unstreitig der Beschwerdeführer ist. Die Mutter zieht die Kinder gemeinsam mit ihrem Ehemann auf, der rechtlich deren Vater ist. Das Ehepaar lehnte die Bitten des Beschwerdeführers vor und nach der Geburt, ihm Umgang mit den Zwillingen zu gewähren, ab. Das Oberlandesgericht wies in letzter Instanz den Antrag des Beschwerdeführers auf Umgang mit seinen Kindern ab. Es befand, dass er kein umgangsberechtigter Elternteil im

Sinne von § 1684 BGB sei, da sich diese Regelung auf die Eltern im Rechtssinne und nicht auf den rein biologischen Vater beziehe. Da der Beschwerdeführer keinerlei Verantwortung für die Kinder getragen und folglich keine sozial-familiäre Beziehung zu ihnen aufgebaut habe, erfülle er außerdem nicht die Voraussetzungen, um als enge Bezugsperson ein Umgangsrecht nach § 1685 Absatz 2 BGB zu beanspruchen.

Der EGMR befand, dass die deutschen Gerichte letztinstanzlich keine gerechte Abwägung der konkurrierenden Interessen aller Beteiligten vorgenommen hätten. Insbesondere hätten sie in Anwendung der bestehenden Gesetzeslage nicht geprüft, inwieweit ein Umgang des Beschwerdeführers mit seinen leiblichen Kindern in deren Interesse gewesen wäre. Folglich sah der Gerichtshof das Recht des Beschwerdeführers auf Achtung seines Privat- und Familienlebens (Artikel 8 EMRK) als verletzt an.

Bereits 2009 hatte der EGMR die Rechte von Vätern gestärkt („Zaunegger-Urteil“). Damals ging es um das Sorgerecht eines unverheirateten Vaters. Das Bundesverfassungsgericht hat sich bereits danach gerichtet und im August die Sorgerechtsbedingungen für unverheiratete Väter gestärkt.

#### 4. Ausgewählte Verfahren gegen Drittstaaten

##### S. u. a. gegen Griechenland (Nr. 42202/07)

In dem Verfahren hatten zwei griechische Mitarbeiter des Europarats geklagt, weil ihnen die Möglichkeit genommen wurde, in Straßburg an den griechischen Parlamentswahlen teilzunehmen. Die Möglichkeit zur Briefwahl gab es in Griechenland zu diesem Zeitpunkt nicht (sie wurde erst 2009 eingeführt). Die Beschwerdeführer hatten verblich den griechischen Botschafter in Frankreich gebeten, in Frankreich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu dürfen. Der EGMR sah darin einen Verstoß gegen Artikel 3 EMRK von Protokoll Nr. 1 (Recht auf freie Wahlen), da die Untersagung faktisch dazu führte, dass die Beschwerdeführer ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten. Eine Reise nach Griechenland allein zur Ausübung des Wahlrechts wertete der EGMR als nicht zumutbaren Eingriff in das Berufs- und Privatleben.

##### D. gegen Türkei (Nr. 2668/07, 6102/08, 30079/08, 7072/09 und 7124/09)

In diesem Verfahren erkannte der Gerichtshof u. a. eine Verletzung des Rechts auf Leben (Artikel 2 EMRK), weil die türkische Polizei das Leben des türkisch-armenischen Journalisten D. nicht ausreichend schützte. Obwohl sie konkrete Informationen über die geplante Ermordung des Journalisten hatte, hätte sie nichts unternommen, um den Mord zu verhindern. Weiter urteilte der EGMR, dass es die türkischen Behörden nach dem Mord unterlassen hätten, ihre Versäumnisse gegenüber D. zu untersuchen und gegen die Verantwortlichen konsequent rechtlich vorzugehen. Hierin sah der Gerichtshof ebenfalls eine Verletzung von Artikel 2 EMRK, der Pflicht des Staates zu einem effektiven Vorgehen gegen Täter von Tötungsde-

likten. Auch D.'s Recht auf Meinungsfreiheit (Artikel 10 EMRK) wurde dadurch verletzt, dass er wegen „Verunglimpfung des Türkentums“ verurteilt wurde, nachdem er in Artikeln die Haltung der Türkei zum Völkermord in Armenien kritisierte. Dies habe das Oberste Strafgericht mit seiner Entscheidung zusätzlich bestätigt, auch wenn diese zum Zeitpunkt des Todes noch nicht rechtskräftig gewesen sei. Schließlich bejahte der Gerichtshof auch eine Verletzung von Artikel 13 EMRK (Recht auf wirksame Beschwerde), weil den Angehörigen des Ermordeten kein Rechtsbehelf gegen die unzureichende Aufklärung des Mordes zustand und ihnen dadurch auch mögliche Schadenersatzansprüche verwehrt blieben.

##### A. gegen Russland (Nr. 4916/07, 25924/08 und 14599/09)

In dem wiederholten Verbot von Schwulenparaden sah der Gerichtshof eine Verletzung von Artikel 11 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), Artikel 13 (Recht auf wirksame Beschwerde) und Artikel 14 (Verbot der Diskriminierung) EMRK. Der Beschwerdeführer hatte mehrfach versucht, eine Schwulenparade in Moskau anzumelden und angeboten, mit den Sicherheitsbehörden zu kooperieren, um einen friedlichen Ablauf der Demonstration zu gewährleisten. Sämtliche Anträge wurden mit der Begründung abgelehnt, die Parade störe die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Moral. Der Moskauer Bürgermeister ließ zudem in der Presse verlauten, solange er im Amt sei, werde es in Moskau keine Schwulenparade geben. Der Gerichtshof sah in dem Verbot eine Verletzung der Versammlungsfreiheit, weil keine Gefahren für die öffentliche Sicherheit drohten, die ein Verbot gerechtfertigt hätten. Weiterhin habe dem Beschwerdeführer kein wirksamer Rechtsbehelf zur Verfügung gestanden, um sich gegen das Verbot zu wehren. Die Verletzung von Artikel 14 EMRK begründete der Gerichtshof damit, dass vor allem das persönliche Missfallen des Bürgermeisters an einer Schwulenparade Grund für deren Verbot gewesen sei.

##### G. und M.T. gegen Großbritannien (Nr. 60041/08, 60054/08):

Eine Verletzung von Artikel 3 EMRK des Protokolls Nr. 1 (Recht auf freie Wahlen) erkannte der EGMR in einem Piloturteil gegen Großbritannien. Den Beschwerdeführern war als Häftlingen untersagt worden, an den landesweiten Wahlen im Mai 2010 teilzunehmen. Da der Gerichtshof bereits 2005 im Urteil Hirst festgestellt hatte, dass ein pauschales Wahlverbot für Gefängnisinsassen gegen die EMRK verstoße und diese Regelung bislang keine Änderung erfahren hat, gab der EGMR Großbritannien nun auf, innerhalb von 6 Monaten Vorschläge auszuarbeiten, um das Wahlrecht konventionskonform zu gestalten. Alle weiteren Beschwerden, die das fehlende Wahlrecht von Häftlingen betreffen, wird der EGMR bis zur Umsetzung des Urteils nicht weiter untersuchen und nach Umsetzung des Urteils mit Verweis auf die dann vorliegende ausreichende Umsetzung abweisen.

**A, B und C gegen Irland (Nr. 25579/05):**

Eine Verletzung von Artikel 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) sah der EGMR im irischen Verbot der Abtreibung, allerdings nur, wenn das Leben der Schwangeren gefährdet ist. Geklagt hatten drei Frauen, die in Irland leben und nach Großbritannien gereist waren, um eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Sie trugen vor, dass dieses Verfahren, bedingt durch die Unmöglichkeit, in Irland legal abzutreiben, unnötig teuer, kompliziert und traumatisch für sie war. Abgelehnt wurde die Klage der ersten beiden Klägerinnen, die in dem irischen Abtreibungsverbot eine Gefahr ihrer Gesundheit bzw. ihres Wohlergehens erkannten. Es habe eine angemessene Abwägung zwischen ihrem Recht auf Leben und demjenigen des ungeborenen Kindes stattgefunden, weil es den Klägerinnen möglich war, sich vor und nach der Abtreibung in Irland medizinisch behandeln zu lassen. Ebenfalls unter Berufung auf Artikel 8 EMRK klagte die dritte, an Krebs erkrankte Klägerin über das Fehlen eines Gesetzes zur Umsetzung des nach der Verfassung garantierten Rechts der Mutter auf Leben. Obwohl sie wegen ihrer Erkrankung ihr Leben durch die Schwangerschaft bedroht sah, habe sie keine Möglichkeit gehabt, diese Einschätzung bestätigen zu lassen und sich folglich auch nicht auf ihr Recht berufen können, eine Abtreibung in Irland vornehmen zu lassen. Der EGMR gab nur dieser Klage statt, denn für die dritte Klägerin habe aufgrund ihrer Krebserkrankung eine ernsthafte Bedrohung ihres Rechts auf Leben bestanden. Nach irischem Recht sei eine Abtreibung allein dann nicht strafbar, wenn eine ärztlich bescheinigte Gefahr für das Leben der Mutter bestehe. Für eine Fehleinschätzung können sowohl der Arzt als auch die Schwangere strafrechtlich verfolgt werden. Eine rein ärztliche Beratung sei daher nicht ausreichend, sondern bedürfe der rechtlichen Absicherung. Die notwendige rechtliche Ausgestaltung des in der Verfassung verbrieften Rechts auf Abtreibung bei Lebensgefahr habe die irische Regierung jedoch nicht weiter gesetzlich ausgestaltet.

**VI. Kongress der Gemeinden und Regionen**

Die 19. Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen (KGRE) fand vom 26. bis 28. Oktober 2010 in Straßburg statt.

Wichtigstes Ergebnis war die Verabschiedung der unter Federführung der Berichterstatter Skard (Norwegen) und Krug (Deutschland) vorgeschlagenen und bereits im Jahr 2008 eingeleiteten Reformen. Der KGRE will damit seine Arbeit im Dienste der lokalen und regionalen Demokratie in Europa stärker als bisher – ganz im Sinne der von GS Jagland eingeleiteten Reformen – auf die kommunale Dimension der Kernwerte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte fokussieren. Erreicht werden soll dies u. a. über eine organisatorische Neuordnung mit nur noch drei statt vier Ausschüssen, die sich mehr als bisher auf die Kernaufgaben des Kongresses (Monitoring der Einhaltung der Charta der kommunalen Selbstverwaltung; Beobachtung von Kommunalwahlen) und aktuelle Fragen der Europarats-Agenda konzentrieren sollen. Die

Amtszeit der Mitglieder soll von zwei auf vier Jahre verlängert werden.

Das behandelte Themenspektrum reichte von Monitoring-Aufgaben (Beobachtung von Kommunalwahlen; Entwicklung lokaler und regionaler Demokratie in Mitgliedstaaten; Korruptionsrisiken auf kommunaler Ebene) über wichtige Integrationsthemen (Integration muslimischer Frauen und Jugendlicher aus benachteiligten Stadtteilen; interkulturelle und interreligiöse Spannungen) bis zu Randthemen der nachhaltigen Entwicklung in Bergregionen am Beispiel der Karpaten oder Umweltproblemen in Küstenregionen.

Der KGRE wählte Keith Whitmore (Großbritannien) zu seinem neuen Präsidenten für die kommenden zwei Jahre. Er gewann die Wahl aufgrund einer fraktionsübergreifenden Absprache mit deutlicher Mehrheit gegen Ian Micallef (Malta), der dieses Amt in den letzten beiden Jahren kommissarisch für den krankheitsbedingt ausgefallenen Präsidenten Yavuz Mildon (Türkei) wahrgenommen hatte.

**VII. Aus den einzelnen Aufgabengebieten des Europarats****1. Menschenrechtsfragen****a) Beitritt der Europäischen Union zur EMRK**

Mit dem Inkrafttreten des 14. Zusatzprotokolls zur EMRK am 1. Juni 2010 erfolgte die für den Beitritt der Union erforderliche Änderung der EMRK. Nach Abschluss der Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe Grundrechte, Bürgerrechte und Freizügigkeit wurde auf dem Europäischen Rat für Justiz und Inneres vom 3. bis 4. Juni 2010 der Beschluss angenommen, mit dem die Europäische Kommission zur Aufnahme der Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten des Europarats ermächtigt wurde.

Die Verhandlungen über den Beitritt begannen im Juli 2010. Sie finden im Rahmen einer informellen Arbeitsgruppe statt, die im zweiten Halbjahr 2010 viermal zusammentrat. Auf Seiten der EU stellt die Kommission die Verhandlungsdelegation, auf Seiten der Vertragsstaaten der EMRK nehmen 14 Vertreter (7 aus EU-Mitgliedstaaten und 7 aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten) teil. Deutschland ist in der Arbeitsgruppe vertreten. Die Verhandlungen werden auf Seiten der Union von einem nach Artikel 218 IV AEUV bestellten Sonderausschuss in der Formation der Ratsarbeitsgruppe Grundrechte, Bürgerrechte und Freizügigkeit begleitet.

Inhaltlich erstrecken sich die Verhandlungen auf den allgemeinen Rahmen des Beitritts, insbesondere den Abschluss eines Beitrittsabkommens mit erläuterndem Bericht. Außerdem von Bedeutung ist der inhaltliche Umfang des Beitritts in Bezug auf die die EMRK ergänzenden Protokolle, die Schaffung eines Ko-Verteidigermechanismus zugunsten der Union, wenn in einem Verfahren vor dem EGMR ein wesentlicher Zusammenhang mit Unionsrecht besteht, die Unionsbeteiligung an den organisatorischen Strukturen des EMRK-Systems, z. B.

Ministerkomitee und PV, sowie die Gestaltung des finanziellen Beitrags der EU.

Der Beschluss des Rates über die Beitrittsübereinkunft wird nach Artikel 218 VI lit. a, ii AEUV nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und nach Artikel 218 VIII Unterabsatz 2 Satz 2 AEUV einstimmig erlassen. Die nach diesem Artikel erforderliche Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten erfolgt für Deutschland nach § 3 I des Integrationsverantwortungsgesetzes durch ein Gesetz gemäß Artikel 23 I GG. Darüber hinaus muss die Beitrittsübereinkunft von den Vertragsstaaten der EMRK ratifiziert werden.

#### **b) Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)**

Die Kommission setzte die Überprüfung und Bewertung der Wirksamkeit ergriffener gesetzgeberischer, politischer und anderer Maßnahmen in den Mitgliedstaaten des Europarats zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz fort. Da sich das Phänomen des Rassismus in den Mitgliedstaaten des Europarats sehr unterschiedlich äußert, verfolgt die Kommission dabei einen länderspezifischen Ansatz. Im zweiten Halbjahr 2010 unternahm ECRI im Rahmen der bis 2012 laufenden vierten Berichtsrunde Überprüfungsbesuche in Zypern, Aserbaidschan, Serbien, Italien und Litauen. Am 24. August 2010 gab ECRI eine Stellungnahme zur Lage der Roma in Frankreich ab.

#### **c) Antifolterausschuss (CPT)**

Der auf Grundlage des Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe eingerichtete Ausschuss engagierte sich auch in diesem Berichtszeitraum zugunsten des Schutzes von Personen, denen die Freiheit entzogen ist, vor Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.

Im Rahmen ihres länderspezifischen Ansatzes stattete eine Delegation des CPT vom 25. November bis 7. Dezember 2010 Deutschland ihren fünften periodischen Besuch ab. Sie besichtigte 18 Einrichtungen, darunter Polizeiwachen, Abschiebehaftanstalten, Jugendgefängnisse und Einrichtungen der Sicherungsverwahrung, in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt. In ihrer Abschlussbesprechung mit der Bundesregierung zog die Delegation ein überwiegend positives Fazit ihres Besuchs. Die Bundesregierung legte am 8. März 2011 ihre schriftliche Stellungnahme hierzu vor. Der abschließende Bericht der Delegation wird gemeinsam mit einer Stellungnahme der Bundesregierung zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

#### **d) Expertengruppe zur vereinfachten Änderung bestimmter Vorschriften der EMRK (DH-PS)**

Die Expertenarbeitsgruppe DH-PS hat die Aufgabe, eine Empfehlung zur Einführung eines vereinfachten Verfah-

rens zur Änderung bestimmter Vorschriften der EMRK zu erarbeiten. Hintergrund dieser Bestrebung ist der Wunsch, dem EGMR die Möglichkeit zu eröffnen, schneller, flexibler und einfacher auf veränderte Umstände reagieren zu können. Die erste Sitzung der Expertengruppe vom 6. bis 8. Oktober 2010 diente vor allem dazu, diejenigen Vorschriften der EMRK zu identifizieren, für die eine vereinfachte Änderung möglich sein soll.

#### **e) Datenschutz**

Das Ministerkomitee nahm am 23. November 2010 die Empfehlung CM/Rec(2010)13 zum Schutz des Einzelnen bei der automatischen Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Profiling-Anwendungen an. Auf ihrer Konferenz vom 24. bis 26. November 2010 in Istanbul beschlossen die Justizminister der Europarats-Mitgliedstaaten die Überarbeitung des Datenschutz-Übereinkommens des Europarats. Damit sollen angemessene Antworten auf die Herausforderungen gegeben werden, die sich durch die technische Entwicklung und die Globalisierung für den Datenschutz ergeben. Nach einer öffentlichen Konsultation zu „Datenschutz und Privatsphäre im dritten Jahrtausend“ sollen Verhandlungen beginnen und bis 2012 zur Vorlage eines neuen Konventionsentwurfs führen. Die Europaratsempfehlungen zum Datenschutz im Polizeibereich (1987) sowie zum Beschäftigtendatenschutz (1989) sollen ebenfalls modernisiert werden.

#### **f) Minderheitenrechte**

Im Dezember 2010 veröffentlichte der Beratende Ausschuss der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten seine Kommentare zum 3. Staatenbericht Deutschlands zur Lage der nationalen Minderheiten zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung. Der rechtliche Rahmen des Minderheitenschutzes in Deutschland wurde vom Ausschuss positiv bewertet. Er bemängelte allerdings, dass Sprache und Kulturen der Minderheiten nur in geringem Maße genutzt würden, dass Roma kaum am öffentlichen Leben teilhätten und dass die Anzahl rassistischer Äußerungen nicht zurückgegangen sei. In der Stellungnahme begrüßte die Bundesregierung den offenen Dialog und verwies auf eine laufende Studie zu rechtsextremistischen Straftaten, deren Ergebnisse die Grundlage für weitere Aktivitäten bilden werde.

Im September 2010 besuchte der Sachverständigenausschuss des Europarats für die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen Deutschland, um im Zusammenhang mit dem im Juni 2010 übermittelten 4. Staatenbericht die Umsetzung der in der Charta niedergelegten Verpflichtungen zu überprüfen.

Der Expertenausschuss des Europarats für Roma betreffende Fragen (MG-S-ROM) erörterte im Oktober 2010 aktuelle Fragen der Teilhabe von Roma am Arbeitsleben und in der Politik, die Freizügigkeit sowie die Dosta!-Kampagne zur Verbesserung der Lage der Roma in Europa. Vor dem Hintergrund von Entwicklungen in Frankreich bildete das Thema Rückführung von Roma nach Kosovo einen Schwerpunkt der Ausschussarbeit.

## 2. Korruptionsbekämpfung

Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) hielt im Berichtszeitraum zwei Plenarsitzungen ab, auf denen sie zwei Evaluierungsberichte der kombinierten ersten und zweiten Runde (zu Monaco und Russland) und sieben Evaluierungsberichte der dritten Runde (zu Aserbaidschan, Bulgarien, Serbien, Armenien, Montenegro, Portugal und Rumänien) verabschiedete. Außerdem wurden zwei Folgeberichte der kombinierten ersten und zweiten Runde (zu Aserbaidschan und Montenegro) sowie vier Folgeberichte der zweiten Evaluierungsrunde (zu Moldau, Portugal, Griechenland und USA) angenommen. Für diese Länder wurden damit die Prüfungen in der jeweiligen Evaluierungsrunde abgeschlossen. Im Rahmen der dritten Evaluierungsrunde wurde gegen zwei Mitgliedstaaten (Slowakei und Island) je ein Nicht-Einhaltungsverfahren eingeleitet, da diese die Empfehlungen aus ihren Evaluierungsberichten nicht fristgerecht umgesetzt hatten. Das Verfahren gegen Island wurde aufgrund eines positiven Zwischenberichts eingestellt, während das Verfahren gegen die Slowakei weiter läuft. Zudem fand ein erstes Treffen der Arbeitsgruppe zur vierten Evaluierungsrunde statt, deren Ergebnis dem Plenum vorgestellt und von diesem angenommen wurde. Das Thema dieser Evaluierungsrunde wird die Korruptionsprävention in Parlamenten und Justiz sein.

## 3. Rechtliche Zusammenarbeit

### a) Europäische Kommission für die Wirksamkeit der Justiz (CEPEJ)

Die Kommission setzte ihre Arbeit zur weiteren Entlastung der Justiz in Europa fort. Auf ihrer Sitzung im September 2010 nahm die CEPEJ einen Bericht über die Justizsysteme in Europa mit Stand 2008 an. Aufgrund der wissenschaftlichen Aufbereitung eignet sich der Bericht als Grundlage für einen Vergleich verschiedener Rechtssysteme, solange die Staaten in ihren Grunddaten, also insbesondere Größe, Einwohnerzahl und Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, vergleichbar sind. In ihrer Sitzung im Dezember 2010 setzte die Kommission die Auswertung des Berichts fort. Sie betonte dabei, dass auf die Vergleichbarkeit der Staaten nach ihren Rahmendaten geachtet werden müsse. Für Deutschland bietet sich ein Vergleich mit der Staatengruppe Frankreich, Niederlande und Österreich an. Bei Prozesskostenhilfe, Rechtsanwaltsdichte oder auch Richtergehältern sind die Daten durchaus vergleichbar. Für Deutschland konnte überdies eine vollständige Übersetzung des Berichts für das Jahr 2006 ins Deutsche präsentiert werden. Daneben wurden die Arbeiten zur Erforschung der Ursachen für eine überlange Verfahrensdauer fortgesetzt. Hintergrund hierfür ist die fortdauernde Überlastung des EGMR durch Beschwerden, die sich auf eine überlange Dauer der nationalen Gerichtsverfahren stützen. Die Arbeiten an dem hierzu vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung (Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren) wurden mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

### b) Europäischer Ausschuss über die rechtliche Zusammenarbeit (CDCJ)

Der CDCJ verabschiedete in seiner Plenarsitzung im Oktober 2010 drei Texte: 1) die für die Mitgliedstaaten bedeutsame Empfehlung über die Unabhängigkeit und die Verantwortlichkeit der Richter, welche die frühere Empfehlung zur Unabhängigkeit, Effizienz und Rolle der Richter ersetzt; 2) die Empfehlung über den Individualschutz in Bezug auf automatische Verarbeitung persönlicher Daten im Zusammenhang mit Profiling-Anwendungen; 3) die Leitlinien für kinderfreundliche Justiz.

### c) Lenkungsausschuss Strafrecht (CDPC)

Der CDPC hat bei der im Berichtszeitraum durchgeführten jährlichen Plenartagung seine Arbeiten insbesondere in folgenden Bereichen fortgesetzt: die Expertengruppe PC-CP (Rat für pönologische Zusammenarbeit) wird 2011 einen ersten Entwurf für Empfehlungen zum Umgang mit Ausländern im Strafvollzug erarbeiten. Ferner arbeitet der Rat am Entwurf eines Europäischen Ethik-Codes für Mitarbeiter von Strafvollzugsanstalten. Zum Thema „Bestrafung, Führung und Behandlung von gefährlichen Straftätern“ hat der CDPC ein Gutachten erstellen lassen und befasst sich jetzt mit etwaigen Folgemaßnahmen. Ein weiteres Projekt ist die Bekämpfung des Organhandels, zu der eine gemeinsame Studie des Europarats und der Vereinten Nationen erstellt worden ist. Eine multidisziplinäre Expertengruppe prüft derzeit die Notwendigkeit einer strafrechtlichen Konvention und soll konkrete Vorschläge für deren Anwendungsbereich erstellen. Erörtert wird auch, ob für die Bestellung von Sachverständigen und deren Status im Strafverfahren und für die Probleme des grenzüberschreitenden Sachverständigenbeweises eine Empfehlung erarbeitet werden soll. Ferner soll sich eine Expertengruppe mit „Polizeiethik“ und „Polizeigewahrsam“ befassen, da die Empfehlungen des Europarats zu „Europäischen Gefängnisregeln“ nicht für den Polizeigewahrsam gelten. Die Justizministerkonferenz des Europarats in Istanbul verabschiedete eine Resolution zu Gefängnissen im heutigen Europa.

### d) Ausschuss für Familienexperten des Europarates (CJ-FA)

Die Arbeitsgruppe „CJ-FA-GT3“ tagte vom 6. bis 8. Oktober 2010. Ihre Arbeiten am Entwurf einer Empfehlung und Erläuterungen zu den Rechten und dem legalen Status von Kindern und elterlichen Verpflichtungen sind weit fortgeschritten und sollen mit der letzten Sitzung im Mai 2011 abgeschlossen werden. Anschließend soll der Entwurf dem CJ-FA, dem CDCJ sowie dem Ministerkomitee übersandt werden.

### e) Konsultativrat der Europäischen Richter (CCJE)

Auf Grundlage eines Auftrags des Ministerkomitees verabschiedete der CCJE am 19. November 2010 eine Stellungnahme zur Rolle des Richters bei der Vollstreckung justizieller Entscheidungen. Die Stellungnahme behandelt

die Voraussetzungen für eine effektive Vollstreckung im Straf-, Zivil- und Verwaltungsverfahren.

#### 4. Sozial- und Gesundheitspolitik

##### a) Europäische Sozialcharta

Bei der 121. und 122. Sitzung des Regierungsausschusses zur Europäischen Sozialcharta (ESC) wurden die Schlussfolgerungen XIX-2 (2009) des Europäischen Ausschusses für Soziale Rechte (EASR) zum 26. deutschen Bericht über die innerstaatliche Anwendung der ESC behandelt. Deutschland hatte sich zu vier Fällen nicht-konformer Anwendung zu äußern. Diese betrafen die Artikel 3 § 1 (Arbeitsschutz für Selbständige), Artikel 12 § 4 (Recht auf Erhaltung von Anwartschaften) sowie Artikel 13 § 1 und § 4 (Beratung und Hilfe bei Notlagen) ESC. In den neun anderen Punkten wurde Deutschland vom EASR Konformität bescheinigt. Mit diesem ordentlichen Ergebnis unterstreicht Deutschland wiederholt seine führende Rolle unter den Mitgliedstaaten hinsichtlich der konformen Anwendung der Charta.

##### b) Soziale Kohäsion

Der Expertenausschuss zur Förderung von sozialer Mobilität hatte am 14. und 15. Oktober sein viertes und letztes Treffen in Paris. Hierbei wurde der Entwurf einer Empfehlung des Europarats zur Förderung von sozialer Mobilität erarbeitet, der dem Ausschuss für Soziale Kohäsion im Mai 2011 zur Abstimmung vorgelegt wird. Ferner fand eine Auswertung der 2009 und 2010 durchgeführten Studienreisen zweier Wissenschaftler des Ausschusses nach Dänemark, Rumänien, Deutschland, Italien und in das Vereinigte Königreich statt, die den Grad sozialer Mobilität untersucht hatten. Sie stellten fest, dass soziale Mobilität in Dänemark stark und im Vereinigten Königreich relativ schwach ausgeprägt ist. Deutschland liegt mit den anderen beiden Staaten im Mittelfeld. Am 8. Dezember fand eine Konferenz an der Universität von Leeds statt, auf der der britische Konsulent seine Studie zum Stand der sozialen Mobilität in den fünf Ländern dem Expertenausschuss vorstellte.

##### c) Europäisches Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln – European Directorate for the Quality of Medicines & Health Care (EDQM)

###### Bluttransfusion

Zur Verbesserung der Infektionssicherheit von Transfusionen von Plasma und Blutplättchen wurden in den letzten Jahren Methoden zur Behandlung zur Inaktivierung von Krankheitserregern entwickelt, die möglichst schonend für diese empfindlichen Blutkomponenten sind. Im September fand bei EDQM ein internationales Symposium zu diesem Thema statt, auf dem die deutsche regulatorische Sicht präsentiert wurde.

##### Chargendatenbank

Vom Netzwerk der staatlichen Kontrolllaboratorien für biologische Arzneimittel wurden Vorarbeiten für eine gemeinsame europäische Plattform für die elektronische Einreichung von Chargenprüfungsanträgen begonnen. Hierfür wurde die OCABRE Protocol Submission Group gebildet. Im November wurde das im Paul-Ehrlich-Institut betriebene Projekt zur elektronischen Einreichung von Chargenprüfungsanträgen vorgestellt und beraten, um zu einem harmonisierten Vorgehen zu gelangen.

##### Europäischer Ausschuss für Arzneimittel und Pharmazeutische Betreuung (CD-P-PH)

Vom 30. November bis 1. Dezember 2010 beriet das Komitee zur Minimierung durch gefälschte Medikamente verursachter Gesundheitsrisiken (CD-P-PH/CMED) über die seine Aktivitäten. Die Ausbildung von Experten aus den Bereichen Zoll, Polizei und Arzneimittelzulassung soll fortgesetzt werden. In Planung sind zudem weitere Veröffentlichungen, u. a. zur Risikokommunikation. In Vorbereitung ist zudem eine Projektskizze zur Identifizierung von Anzeichen einer Schädigung durch gefälschte Medikamente und ähnliche Verbrechen. Der Beginn der Arbeit an einer Datenbank zur Wissensvermittlung eines angemessenen Fall- und Risikomanagements anhand abgeschlossener Fälle wurde auf 2011 verschoben.

Bei der im Berichtszeitraum abgehaltenen Plenartagung des Ausschusses konnte die Arbeit an einem umfangreichen Projekt erfolgreich beendet werden. Nach eingehender Beratung nahm der Ausschuss den Entwurf einer Resolution zum Thema „Voraussetzungen für Qualitäts- und Sicherheitskontrollen bei Arzneimitteln, die in Apotheken für die besonderen Bedürfnisse von Individualpatienten hergestellt werden“ an und leitete ihn an die zuständige Arbeitsgruppe des Ministerkomitees zur Annahme weiter.

##### d) Medicrime

Die Verhandlungen zum „Übereinkommen des Europarats über Arzneimittelfälschungen und vergleichbare Straftaten, die ein Risiko für die öffentliche Sicherheit darstellen“ (Medicrime) im Lenkungsausschuss für Strafrecht (CDPC) konnten mit Annahme des Textes durch das Ministerkomitee am 8. Dezember 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Verhandlungen waren komplex und langwierig, weil eine Reihe innovativer Elemente integriert werden sollten, insbesondere hinsichtlich der Ausweitung auf Nicht-Mitgliedstaaten des Europarats bei gleichzeitig starkem Einfluss des Europarats sowie einer gesicherten Finanzierung bei angemessener Beteiligung von Drittstaaten. Im Ergebnis führte dies zu Formulierungen, die Modellcharakter für andere Konventionen haben können.

##### e) Biomedizin

Ein vom Lenkungsausschuss für Bioethik (CDBI) vom 30. November bis 1. Dezember 2010 veranstaltetes Symposium zum Prozess der Entscheidungsfindung über die

medizinische Behandlung am Lebensende erörterte intensiv die in den Europarats-Mitgliedstaaten hierzu bestehenden rechtlichen und kulturellen Unterschiede. Bei der anschließenden Plenarsitzung wurde die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Leitlinien für Entscheidungsprozesse in „End of life situations“ in die Vorhabenplanung für das Jahr 2011 eingestellt. Außerdem wurde der Entwurf eines Leitfadens für Ethik-Kommissionen im Forschungsbereich, der von einer Arbeitsgruppe auf Grundlage eines im ersten Halbjahr 2010 durchgeführten Konsultationsprozesses überarbeitet worden war, einstimmig angenommen und zur Veröffentlichung freigegeben.

#### f) Gleichstellung

Im Berichtszeitraum erfolgten die sechste (27. bis 30. September), siebte (8. bis 10. November) und achte (13. bis 17. Dezember) Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses zur Erarbeitung eines Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (CAHVIO). Am Ende der achten Sitzung, in der die dritte Lesung des Konventionstextes abgeschlossen wurde, verabschiedete der Ausschuss im Konsens den Text der Konvention und leitete diesen an die PV und das KMB weiter. Allerdings konnten nicht alle Probleme gelöst werden, so dass einige Staaten noch Vorbehalte ausdrückten. Auch die genaue Fassung des erklärenden Memorandums zum Übereinkommen stand zum Ende des Berichtszeitraumes noch nicht fest.

Vom 8. bis 10. Dezember 2010 fand die 45. Sitzung des Lenkungsausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern (CDEG) in Straßburg statt. Dabei wurden insbesondere die Nachbereitung der 7. Fachministerkonferenz (Baku, 24. bis 25. Mai 2010) und die daraus resultierenden Arbeitsschwerpunkte für den Lenkungsausschuss erörtert. Der CDEG einigte sich dabei auf folgende Prioritäten: Erstellung eines Handbuchs zu Stereotypen in den Medien und in der Erziehung, Erarbeitung einer Empfehlung zu Migration und Frauen sowie Richtlinien zu LBT-Frauen (lesbian, bisexual and transgender Women).

#### 5. Kommunal- und Regionalpolitik

Im zweiten Halbjahr 2010 standen Befassung mit den Auswirkungen der Finanzkrise sowie die Umsetzung der Erklärung der Fachministerkonferenz von Utrecht (2009) im Fokus.

Im Vorfeld der Herbstsitzung des Lenkungsausschusses für lokale und regionale Demokratie (CDLR) fand am 11./12. Oktober 2010 eine Evaluierungskonferenz zur Finanzkrise in Zusammenarbeit mit der „Local Government and Public Service Initiative (LGI/OSI)“ Budapest gemäß der Erklärung von Utrecht statt. Der finnische Minister Tölli führte eine Fragebogenaktion zur Partnerschaft zwischen dem Ministerkomitee und der Regionalministerkonferenz durch, deren Auswertung im Berichtszeitraum noch nicht abgeschlossen war. Der CDLR fasste sich u. a. mit der Vorbereitung der 17. Sitzung

der Ministerkonferenz in Kiew im November 2011. Zudem beschloss er einen Aktionsplan für das Tätigkeitsprogramm 2010 bis 2013 im Rahmen der Erklärung von Utrecht. Zum neuen Vorsitzenden des CDLR wurde Andriy Guk (Ukraine) gewählt. Im Amt des stellvertretenden Vorsitzenden wurde Auke van der Goot (Niederlande) bestätigt.

#### 6. Sport (Anti-Doping sowie Sport und Gewalt)

Das Koordinierungsforum für die WADA (CAHAMA) sowie die beobachtende Begleitgruppe des Übereinkommens gegen Doping und deren Arbeitsgruppen zu rechtlichen und wissenschaftlichen Fragestellungen erörterten u. a. datenschutzrechtliche Verbesserungen des WADA Regelwerkes. Alle Mitgliedstaaten des Übereinkommens hatten im zweiten Halbjahr 2010 einen umfangreichen Fragenkatalog zu ihren Anti-Dopingaktivitäten im Jahr 2009 zu beantworten. Die Auswertung durch den Europarat wird im Jahr 2011 erwartet.

Der Ständige Ausschuss zum Europäischen Übereinkommen über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen beriet in seiner 31. Sitzung vom 8. bis 9. Dezember 2010 weitere Empfehlungen (u. a. zu Sicherheitsbeauftragten und Ordnerdiensten), tauschte Erfahrungen aus und diskutierte die Kooperation mit EU, UEFA und anderen Partnern.

#### 7. Jugend (CDEJ und CMJ)

Im Oktober 2010 tagte der Jugendlenkungsausschuss des Europarats (CDEJ) im Europäischen Jugendzentrum in Budapest. Er behandelte dabei u. a. die Vorbereitung der Jugendministerkonferenz des Europarats im September 2012 in Russland, die Weiterentwicklung der Richtlinien für das Programm für internationale Überprüfung von nationalen Jugendpolitiken sowie die Entscheidung über die Nutzung frei gewordener Mittel für ein Treffen des Pools Europäischer Jugendforscher (PEYR) im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung zwischen Europarat und der Europäischen Kommission im November 2010.

Die CEDJ-Sommeruniversität fand vom 5. bis 10. September 2010 in Zrenjanin (Serbien) statt. Ihr Leitthema lautete „Jugend im digitalen Zeitalter“. Weitere Themen waren Sicherheit, digitale Kluft, Offline- und Online-Partizipation und formale/nicht-formale Bildung.

Auf Grundlage der Empfehlung des Ministerkomitees vom Juni 2010 zur Jugendinformation führte der Europarat vom 21. bis 24. September 2010 im Europäischen Jugendzentrum in Budapest ein Kolloquium zur Jugendinformation in Europa durch.

#### 8. Bildung und Kultur

##### a) Bildung (CDED, CDESR)

Die Umsetzung der Europarats-Charta zur Förderung des Lernbereichs Demokratieverziehung und Menschenrechtsbildung vom 11. Mai 2010 war Gegenstand des Treffens

der nationalen Koordinatoren für Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung vom 17. bis 19. November 2010 in Drammen (Norwegen), das zusätzlich der Förderung von Partnerschaften und Netzwerken in dieser für den Europarat zentralen Präventionsarbeit diene.

Das Projekt „Sprachpolitik und das Recht auf Bildung und soziale Eingliederung“ (2010-2014) zielt auf die Sprachkompetenz der Unterrichtssprache, um dadurch den Zugang zu einer qualitativ hohen Bildung und verbesserte soziale Integration zu erreichen. Eine Auftaktkonferenz hierzu im November 2010 behandelte die Bedeutung von Sprachen, insbesondere der Unterrichtssprachen, für den schulischen Erfolg oder Misserfolg von Lernenden sowie von Sprachen als Instrument des Lehrens und Lernens.

Die Rolle und das Potential des Geschichtsunterrichts zur Beförderung des interkulturellen Dialogs stehen im Mittelpunkt des 2010 begonnenen Projekts „Shared Histories for a Europe without dividing lines“. Im Sinne der Handlungsempfehlungen des Weißbuchs Interkultureller Dialog für den Bildungsbereich sollen hier Leitlinien ebenso wie konkrete praxistaugliche Materialien für den Geschichtsunterricht entwickelt werden.

## b) Kultur (CDCULT)

Im Jahr 2010 lag der Schwerpunkt auf der Verbesserung des kulturpolitischen Informationsaustauschs zwischen den Europarats-Mitgliedstaaten sowie der Stärkung der Rolle des Europarats als Beobachtungsstelle für „cultural governance“. Ein wichtiger Bereich ist in diesem Zusammenhang die Begleitung und Analyse neuer kulturpolitischer Entwicklungen in Europa. Hierzu wurde gemeinsam mit der Europäischen Kommission die Fachkonferenz „Culture and the Policies of Change“ am 6./7. September 2010 in Brüssel organisiert. Sie befasste sich u. a. mit den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Kulturpolitik, mit der Bedeutung von Kultur für die Förderung sozialer Integration und dem Umgang mit kultureller Vielfalt. Im Rahmen der seit 2008 laufenden kulturpolitischen Länderüberprüfung wurden die Arbeiten am Bericht zur Türkei fortgeführt. Auch Deutschland ist an diesem Länderexamen beteiligt, u. a. zum Aspekt des Kulturaustauschs mit und durch die Diaspora.

Das Ministerkomitee hat am 8. Dezember 2010 die Überführung der Kulturrouten des Europarats in ein erweitertes Teilabkommen beschlossen, an dem sich bislang 14 Mitgliedstaaten beteiligen; Deutschland ist dem Abkommen bislang nicht beigetreten.

## c) Medien (CDMC)

Das Ministerkomitee hat im Berichtszeitraum eine vom Lenkungsausschuss für Medien und neue Kommunikationsdienste (CDMC) erarbeitete Erklärung zur Digitalen

Agenda für Europa angenommen, in der die Bedeutung der Menschenrechte und demokratischen Grundwerte für die Schaffung einer pan-europäischen digitalen Gesellschaft hervorgehoben wird. Zugleich wird der „public value“ des Internets anerkannt. Die Garantie sämtlicher in der EMRK verankerten Grundrechte auch im Online-Bereich ist eine wesentliche Voraussetzung, um eine breite Beteiligung der Bürger in den sozialen wie wirtschaftlichen Online-Aktivitäten sicherzustellen und auch in diesem Bereich eine effektive Demokratie zuzulassen.

Darüber hinaus hat das Ministerkomitee eine Erklärung zur Netzneutralität angenommen. Es spricht sich darin für die Aufrechterhaltung eines freien Zugangs zu Online-Inhalten und Online-Diensten aus. Jede Einschränkung der Netzneutralität müsse an den strengen Anforderungen der EMRK gemessen werden und verhältnismäßig bleiben.

Das Ministerkomitee hat außerdem eine Erklärung zur Verwaltung von Internet-Protokoll-Adressen (IP-Adressen) im öffentlichen Interesse angenommen, mit der hervorgehoben wird, dass IP-Adressen sensible Daten sind, mit denen auch die Identität sowie die Aktivitäten einzelner Nutzer analysiert werden können. In diesem Fall sind die IP-Adressen aus Sicht des Europarats als persönliche Daten anzusehen, die den vollen Schutz des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens aus Artikel 8 der EMRK genießen. Aufgrund der absehbaren Verknappung bei den IP-Adressen spricht sich das Ministerkomitee dafür aus, diese als öffentliche Güter anzusehen, die im öffentlichen Interesse und durch staatlich beauftragte Institutionen im Interesse der heutigen und zukünftigen Bedürfnisse der Nutzer verwaltet werden sollten.

Der CDMC brachte nochmals seine Besorgnis über den Stillstand der Verhandlungen zur Novellierung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen zum Ausdruck und unterstützte die Bemühungen, nach Lösungen zu suchen, die die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten berücksichtigen und ein rechtliches Vakuum für Fernsehsendungen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union vermeiden.

Ferner verabschiedete der CDMC Mitteilungen zu folgenden PV-Empfehlungen: Empfehlung 1931(2010) „Bekämpfung sexistischer Stereotypen in den Medien“; Empfehlung 1933 (2010) „Kampf gegen den Extremismus: Erfolge, Mängel und Fehler“; Empfehlung 1934(2010) „Kindesmissbrauch in Institutionen: Sicherstellung umfassenden Schutzes der Opfer“ sowie Empfehlung 1936(2010) „Menschenrechte und Wirtschaft“.

Darüber hinaus begann der Ausschuss die Überarbeitung der Menschenrechts-Leitlinien für Internet-Dienstleister aus dem Jahr 2008 und beschäftigte sich mit der Anti-Terror-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten sowie ihrer Auswirkung auf die Informations- und Meinungsfreiheit. Der CDMC untersuchte außerdem das Problem der Rechtswahl in Abmahnprozessen im Bereich der Presse.

**Anlagen****Statistische Angaben zum Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2010****Anlage 1****Statistische Angaben**

Das Ministerkomitee trat im Berichtszeitraum nicht zusammen.

Das KMB traf sich im Berichtszeitraum zu 12 ordentlichen Sitzungen sowie zu 2 Sitzungen zur Überwachung der Umsetzung der Rechtsprechung des EGMR.

Dabei wurden im Jahre 2010 insgesamt 26 299 Tagesordnungspunkte behandelt, davon 545 Tagesordnungspunkte innerhalb der ordentlichen Sitzungen und 25 754 Tagesordnungspunkte innerhalb der Sitzungen zur Überwachung der Umsetzung der Rechtsprechung des EGMR (Das Zahlenmaterial zu den Tagesordnungspunkten ist nur jährlich verfügbar).

**Anlage 2****Statistische Angaben**

Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, zu denen das KMB im Berichtszeitraum Antworten gegeben hat: siehe hierzu Anhang 1.

**Anlage 3****Statistische Angaben**

Deutschland unterzeichnete im Berichtszeitraum kein Übereinkommen.

Informationen zu allen Konventionen und anderen Rechtsinstrumenten des Europarats sind der Webseite des Treaty Office zu entnehmen: <http://conventions.coe.int/Treaty/GER/v3DefaultGER.asp>

**Anlage 4****Statistische Angaben**

In der zweiten Jahreshälfte 2010 beantwortete das KMB fünf Empfehlungen des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Der Einfachheit halber ist die Gesamtliste für das Jahr 2010 als Anhang 2 beigefügt.

Die angenommenen Texte sind unter folgendem Pfad im Internet zu erreichen: [www.coe.int/t/congress/texts/recommendations\\_en.asp?mytabsmenu=6](http://www.coe.int/t/congress/texts/recommendations_en.asp?mytabsmenu=6).

Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

## PA RECOMMENDATIONS REPLIES ADOPTED

Replies to Parliamentary Assembly Recommendations  
Work schedule

No	ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION			
	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action		
1849	For the promotion of a culture of democracy and human rights through teacher education	KA	April 2009	1038/3.1 15/10/08	CDED CDESR CDEJ 31/12/2008	-	-	GR-C	08/12/2009  1074/7.1 13/01/2010	ADOPTED		
1850	Europe's "boat-people": mixed migration flows by sea into southern Europe	KA/ UFJ	June 2009	1044/3.1 10/12/08	CPT CDMG CDDH CDCJ 15/03/2009	-	-	GR-SOC	GR-SOC 04/12/2009  GR-SOC 19/01/2010  GR-H 23/03/2010  1081/6.1 31/03/2010	Postponed to next meeting.  Informal GR-SOC to be convened to discuss revised text. Then the draft can go to the GR-H for examination.  <b>ADOPTED</b>		
1855	The regulation of audiovisual media services	UFJ	Aug 2009	1048/3.1 11/02/09	CDMC TC-Y 15/04/2009	-	agreed to bring it to the attention of the T-TT asking it to provide information of follow-up given to it when submitting an amending protocol to the European Convention on Transfrontier Television	GR-H	GR-H 03/11/2009  1070/5.1 18/11/2009  GR-H 23/03/2010  1081/5.1 31/03/2010	Postponed.  <b>ADOPTED</b>		
1858	Private military and security firms and the erosion of the state monopoly on the use of force	UFJ	Aug 2009	1048/3.1 11/02/09	CDDH CDPC 15/04/2009	Ven Comm.	-	GR-J	GR-J 08/09/2009  GR-J 06/10/2009	The Group agreed to ask the Deputies to invite the CDPC, the CDDH and the CAHDI to study the suggestions made by the Venice Commission in its report. It also instructed the Secretariat to prepare a draft reply reflecting that		

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1859	Attitude to memorials exposed to different historical interpretations in Council of Europe member states	FAP	Aug 2009	1048/3.1 11/02/09	CDPATEP CDED 31/05/2009	-	-	GR-C	GR-J 23/02/2010 1079/10.1 10/03/2010 GR-J 13/04/2010 1033/10.1 21/04/2010	Postponed to the next meeting. Postponed. ADOPTED
1865	The protection of human rights in emergency situations	UFJ	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	CDDH CAHDI 30/09/2009	-	-	GR-H	GR-H 23/03/2010 1081/4.2 31/03/2010	Postponed to the next meeting. Postponed. ADOPTED
1866	The situation of human rights defenders in Council of Europe member states	UFJ	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	CDDH 30/09/2009	-	-	GR-H	GR-H 23/03/2010 1081/4.4 31/03/2010	ADOPTED
1868	Action to combat gender-based human rights violations, including abduction of women and girls	UFJ	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	CDEG CDDH Ad hoc Comm on preventing and combating violence Executive Council of North-South 30/09/2009	-	-	TC-ET, in co-op with GR-H	GR-H 23/03/2010 1081/4.6 31/03/2010	ADOPTED
1869	The humanitarian consequences of the war between Georgia and	DB/ CP	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	-	-	agreed to examine this	-	1057/2.1 20/05/2009	The Deputies instructed the Secretariat to prepare draft

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION			INITIAL EXAMINATION					FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1871	Russia: follow-up given to Resolution 1648 (2009)  Ban on cluster munitions	UFJ	Dec 2009	1060/3.1 10/06/09	CAHDI 30/09/2009	CDDH	text in the framework of item 2.1 of their agenda "The Council of Europe and the conflict in Georgia"	GR-J	GR-J 23/02/10  1079/10.5 10/03/10  GR-J 13/04/10  1083/10.2 21/04/10  GR-J 20/05/10  GR-J 01/07/10	replies to Recs 1846 (2008), 1857 (2009) + 1869 (2009) of the P.A., for examination at a forthcoming meetings.  No decision  <b>ADOPTED</b>  Postponed to next meeting.  Postponed.  No agreement. Return to issue at next meeting.  Postponed.  Resume consideration at the next meeting  As all delegations except one could accept the last compromise proposal, the draft would be transmitted to the Deputies for adoption as contained in document CM/AS(2010)Rec1871 prov3. The delegation that had not been able to accept the compromise text for paragraph 2 informed the Group that it would ask for a footnote to be added to the draft reply indicating that it had been adopted by a majority as provided by Article 20 (d) of the Statute.  <b>ADOPTED</b>
1872	The rights of today's girls: the rights of tomorrow's women	UFJ	Dec 2009	1060/3.1 10/06/09	CDEG CDPC CDED 30/09/2009	CAH/IO	-	GR-H, in co-op with TC-ET	1090/10.7 07/07/10  GR-H 10/12/2009  1074/4.3	<b>ADOPTED</b>  <b>ADOPTED</b>

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1873	Sexual violence against women in armed conflict	UFJ	Dec 2009	1060/3.1 10/06/09	CDEG CDPC 30/09/2009	CAHVIO	-	GR-H, in co-op with TC-ET	GR-H 10/12/2009 1074/4.3 13/01/2010	ADOPTED
1874	Situation in Belarus	DB/ CP	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	-	-	-	GR-DEM	GR-DEM 10/12/2009 1074/2.4 13/01/2010	ADOPTED
1876	The state of human rights in Europe: the need to eradicate impunity	UFJ	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDDH ECRI CPT 31/10/2009	CAHVIO	-	GR-H	GR-H 15/04/2010 1083/4.3 21/04/2010	ADOPTED
1878	The funding of public service broadcasting	UFJ	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDMC 31/10/2009	-	-	GR-H	GR-H 15/04/2010 1083/5.1 21/04/2010	ADOPTED
1879	Renewable energies and the environment	KA	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CEMAT 31/10/2009	-	-	GR-C	GR-C 16/03/2010 1080/9.1 24/03/2010	ADOPTED
1880	History teaching in conflict and post-conflict areas	FAP	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDED CDESR CDCULT CDEJ North-South 31/10/2009	-	-	GR-C	GR-C 16/03/2010 1080/7.1 24/03/2010	ADOPTED
1881	The urgent need to combat so-called "honour crimes"	UFJ	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDPC CDEG CDDH 31/10/2009	CAHVIO	-	GR-H, in co-op with TC-ET	GR-H 23/03/2010 1081/4.6 31/03/2010	ADOPTED
1882	The promotion of internet and online media services appropriate for minors	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CDMC CDED T-CY 31/12/2009	-	-	GR-H, in co-op with TC-ENF	GR-H 15/06/2010 1088/5.1 16/06/2010	ADOPTED
1883	The challenges posed by climate change	KA	April 2010	1068/3.1 21/10/09	Bern Convention CEMAT EUR-OPA CDMG	Congress	-	GR-C	GR-H 18/05/2010 GR-C 08/06/2010	Joint reply with 1885

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1884	Cultural education: the promotion of cultural knowledge, creativity and intercultural understanding through education	FAP	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CDDH 31/12/2009  CDCULT CDED CDPATEP CDESR CDMC 31/12/2009	Congress	-	GR-C	1088/9.1 16/06/2010  GR-C 20/04/2010  1083/7.1 21/04/2010	ADOPTED   ADOPTED
1885	Drafting an additional protocol to the European Convention on Human Rights concerning the right to a healthy environment	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	-	Bern Convention CDDH CDPATEP CEMAT	-	GR-H	GR-H 18/05/2010  GR-C 08/06/2010  1088/9.1 16/06/2010	Joint reply with 1883   ADOPTED
1886	The future of the Council of Europe in the light of its 60 years of experience	AS	April 2010	1068/3.1 21/10/09	-	Congress	-	GT- REF.INST in co-op with GR-PBA, GR-DEM + GR-J	GT- REF.INST 14/01/10  GT- REF.INST 25/02/10	Meeting postponed. New meeting date to be scheduled.  The Chair invited the Secretariat to prepare a draft reply to the Recommendation in the light of the views expressed today bearing in mind that some of the suggested measures will be examined by other subordinate bodies such as the GR-DEM, GR-J and GR-PBA, and/or addressed by the Secretary General in his report to be presented to both organs before October 2010 on measures to further improve dialogue and cooperation between the two organs.  Revised text to be issued for written consultation with a view to transmitting to Deputies for adoption

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1887	Rape of women, including marital rape	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CDEG CDPC CDCJ 31/12/2009	CAHVIO	-	TC-ET	1090/1.7 07/07/10	without further debate. ADOPTED
1888	Towards a new ocean governance	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CAHDI 31/03/2009	CEMAT Bern Convention EUR-OPA	-	GR-J	GR-J 01/07/10 1090/10.5 07/07/10	Transmit to Deputies without further debate. ADOPTED
1889	Improving the quality and consistency of asylum decisions in the Council of Europe member states	UFJ	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDCJ CDMG MG-S-ROM 15/03/2010	-	-	GR-J	GR-J 01/07/10 GR-J 30/09/2010 1095/10.6 13/10/2010	Resume consideration at next meeting. Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED
1890	Engaging European diasporas: the need for governmental and intergovernmental responses	KA	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDMG CDCJ 15/03/2010	-	-	GR-SOC	GR-SOC 21/09/2010	Compromise text proposed for written procedure and adoption without debate ADOPTED
1891	Migrant women: at particular risk from domestic violence	UFJ	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDMG CDEG CDPC CDCJ North-South 15/03/2010	CAHVIO	-	TC-ET, in co-op with GR-H	1094/6.3 29/09/2010 GR-H 21/09/2010 1094/4.1 29/09/2010	Transmit to Deputies without further debate. ADOPTED
1892	The contribution of the Council of Europe in the development of the European Higher Education Area	FAP	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDESR ESCR Gov Comm of European Social Charter 05/04/2010	-	-	GR-C	GR-C 09/09/2010 1091/7.1 16/09/2010	Submit for adoption without further debate. ADOPTED
1894	The functioning of democratic institutions in Bosnia and Herzegovina	DB/ CP	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	-	-	-	GR-DEM	GR-DEM 09/03/2010 1080/2.3 24/03/2010 GR-EXT 09/09/2010	ADOPTED
1895	Action against trafficking in human beings: promoting the	UFJ	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	GRETA 15/04/2010	-	-	TC-ET in co-op with	GR-EXT 09/09/2010	Submit for adoption without further debate.

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION			INITIAL EXAMINATION					FURTHER EXAMINATION	
No	Title	Adm	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1896	Council of Europe convention	UFJ	1077/3.1 24/02/10	CDCJ CDPC CCPE CCJE GRECO 15/04/2010	CEPEJ	-	GR-J	1091/4.3 16/09/2010 GR-J 16/11/2010 1101/10.5 08/12/2010	ADOPTED Transmit to Deputies without further debate ADOPTED
1898	Thresholds and other features of electoral systems which have an impact on representativity of parliaments in Council of Europe member states	DB	1077/3.1 24/02/10	Ven Comm 15/04/2010	-	-	GR-DEM	GR-DEM 07/09/2010 1091/2.4 16/09/2010	Submit for adoption without further debate. ADOPTED
1899	Increasing women's representation in politics through the electoral system	DB	1077/3.1 24/02/10	CDEG Ven Comm 15/04/2010	-	-	TC-ET in co-op with GR-DEM	ADOPTED 1091/2.5 16/09/2010	Submit for adoption without further debate. ADOPTED
1900	The detention of asylum seekers and irregular migrants in Europe	UFJ	1077/3.1 24/02/10	CDCJ CDDH CPT CDMG 15/04/2010	HR Commissioner	-	GR-H	GR-H 30/09/2010 1095/5.1 13/10/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED
1902	The functioning of democratic institutions in Albania	CP/ DB	1077/3.1 24/02/10	-	-	-	GR-DEM	GR-DEM 25/03/2010 GR-DEM 20/04/2010 GR-DEM	The Chair noted that there was an agreement within the Group that, at this stage, the CMs' involvement would not add anything significant to the efforts already made but that the Group should continue to monitor developments. In this connection, she suggested inviting the co-rapporteurs of the Assembly (Monitoring Committee) to an exchange of views with the Group. The Secretariat would prepare a draft reply along these lines for consideration by the Group at its next meeting.  At the close of the discussion, the Group instructed the Secretariat to revise the draft reply accordingly so that it could be considered again at the next meeting.  Unless any delegation

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1903	Fifteen years since the International Conference on Population and Development Programme of Action	KA	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	CDSP CDCS CDED CDDH CDEG CDMG ECSR Gov Comm of the European Social Charter 15/04/2010	CAHVIO	-	GR-SOC	GR-DEM 29/06/2010  1090/2.4 07/07/10  21/09/2010  1094/6.4 29/09/2010	Interim reply adopted  Submit for adoption without further debate.  ADOPTED
1906	Rethinking creative rights for the Internet age	UFJ	Sept 2010	1080/3.1b 24/03/10	CDCJ CDMC 30/06/2010	-	-	GR-J	GR-J 16/11/2010  1101/10.6 08/12/2010	Transmit to Deputies without further debate  ADOPTED
1907	The wage gap between women and men	UFJ	Sept 2010	1080/3.1b 24/03/10	CDEG Gov Comm of the European Social Charter ECSR 30/06/2010	-	-	TC-ET in co-op with GR-H	GR-H 30/09/2010  1095/4.2 13/10/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate.  ADOPTED
1908	Lobbying in a democratic society (European Code of conduct on lobbying)	DB	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	Ven Comm GRECO INGOs 15/09/2010	-	-	GR-DEM	GR-DEM 09/11/2010  1098/2.3 17/11/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate.  ADOPTED
1909	Associating women in the prevention and the solution of unsolved conflicts in Europe	UFJ	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	CDEG 15/09/2010	-	-	TC-ET in co-op with GR-H	GR-H 02/11/2010	Not examined – lack of time

noch Anhang 1  
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1911	Women and the economic and financial crisis	UFJ	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	CDCS ECSR Gov Comm of the European Social Charter CDEG 15/09/2010	-	-	GR-H	GR-H 02/11/2010 1097/4.5 10/11/2010 1101/4.3 08/12/2010 1101/4.4 08/12/2010	Not examined – lack of time Postponed ADOPTED
1912	Investing in family cohesion as a development factor in times of crisis	KA	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	CDCJ CDCS CDSP CDEG 15/09/2010	-	-	GR-SOC	GR-SOC 16/11/2010 1101/6.2 08/12/2010	Transmit to Deputies without further debate ADOPTED
1914	The urgent need for a constitutional reform in Bosnia and Herzegovina	DB	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	-	Van Comm	-	GR-DEM	GR-DEM 07/09/2010 1091/2.6 16/09/2010	Submit revised text for adoption without further debate. ADOPTED
1918	Biodiversity and climate change	FAP	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	Bern Convention 15/09/2010	CDPATEP	-	GR-C	GR-C 25/11/2010 1101/9.1 08/12/2010	Transmit text to Deputies without further debate ADOPTED
1919	Euro-Mediterranean region: call for a Council of Europe strategy	DB	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	North-South 15/09/2010	-	-	GR-EXT	GR-EXT 02/11/2010 1097/2.4 10/11/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED

Anhang 2  
(zu Anlage 4)

## Committee of Ministers – Replies to Congress Recommendations – Updated 17/11/2010

## REPLIES TO CONGRESS RECOMMENDATIONS 2010

Adopted recommendations

	Recommendation	Title	First consideration	Meeting/Date of adoption of reply
1.	Recommendation 259 (2009)	"Public water and sewer services for sustainable development"	1052/25.03.2009	1074 13.01.2010
2.	Recommendation 262 (2009)	"Equality and diversity in local authority employment and service provision"	1052/25.03.2009	1076 03.03.2010
3.	Recommendation 250 (2008) Joint reply with 261	"The need for regional cultural identity"	1030/18.06.2008	1077 24.02.2010
4.	Recommendation 261 (2009) Joint reply with 250	"Intercultural cities"	1052/25.03.2009	1077 24.02.2010
5.	Recommendation 267 (2009)	"Congress resources and its 2010 budget"	1052/25.03.2009	1077 24.02.2010
6.	Recommendation 263 (2009) Joint reply with 274	"The digital divide and e-inclusion in the regions"	1052/25.03.2009	1082 14.04.2010
7.	Recommendation 274 (2009) Joint reply with 263	"E-democracy: opportunities and risks for local authorities"	1069/04.11.2009	1082 14.04.2010
11.	Recommendation 271 (2009) Joint reply with 281	"The global challenge of climate change: Local responses"	1069/04.11.2009	1088 16.06.2010
12.	Recommendation 275 (2009)	"Creative cities – managing the cultural activity of cities"	1069/04.11.2009	1088 16.06.2010
13.	Recommendation 281 (2010) Joint reply 271	"After Copenhagen, cities and regions take up the challenge"	1081/31.03.2010	1088 16.06.2010
14.	Recommendation 246 (2008)	"Social approach to the fight against racism at local and regional level"	1030/18.06.2008	1089 30.06.2010
15.	Recommendation 279 (2009)	"Over indebtedness of households: the responsibility of regions"	1069/04.11.2009	1089 30.06.2010

noch Anhang 2  
(zu Anlage 4)

**Committee of Ministers – Replies to Congress Recommendations – Updated 17/11/2010**

17.	Recommendation 228 (2007)	"Draft Additional Protocol to the European Charter of Local Self-Government"	1014/12.12.2007 Comments by 30.06.2008 from CDLR	1091 16.09.2010
18.	Recommendation 270 (2009)	« ransfrontier co-operation in Europe » <i>Coopération transfrontalière en Europe</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR	1091 16.09.2010
19.	Recommendation 273 (2009)	"Equal access to local and regional elections" <i>L'égalité d'accès aux élections locales et régionales</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR	1091 16.09.2010
20.	Recommendation 276 (2009)	"Improving indoor air quality: a new challenge for local authorities" <i>L'amélioration de la qualité de l'air intérieur : un nouvel enjeu pour les collectivités locales</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR, GDSP and GEMAT	1091 16.09.2010
21.	Recommendation 278 (2009)	"Regions with legislative powers: towards multi-level governance" <i>Les régions à pouvoirs législatifs : vers une gouvernance à multi niveaux</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR	1091 16.09.2010